

Open Source:

Hebel für mehr Souveränität und Nachhaltigkeit in der Beschaffung

Freizeit, Gesundheit, Beruf: Ohne digitale Technologien wäre das Leben, wie wir es heute kennen, undenkbar. Dabei sind es meist quelloffene Lösungen, die im Verborgenen dafür sorgen, dass Digitalisierung funktioniert. So basiert beispielsweise nahezu die gesamte Internet-Infrastruktur auf Open Source. Das wohl größte Erfolgsgeheimnis? Das hohe Maß an Nachhaltigkeit, das Menschen überall auf der Welt zugutekommt – und von dem auch Unternehmen und der Staat profitieren.

Ein Beitrag von Leonhard Kugler

Bald zehn Jahre ist es her, dass die Vereinten Nationen ihre Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung formulierten. Ihren Kern bilden die 17 Sustainable Development Goals (SDGs). Diese politischen Zielsetzungen sollen sowohl auf ökonomischer als auch sozialer und ökologischer Ebene eine nachhaltige Entwicklung sicherstellen. Weltweit.

Digitalen Technologien kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Sie ermöglichen Teilhabe, neue Geschäftsmodelle und bieten Zugang zu Wissen. Alles unter der Voraussetzung, dass sie frei zugänglich sind.

Genau das beschreibt das Wesen von Open Source. Offene Lösungen, Ressourcen und Daten sind frei zugänglich für jede und jeden – unabhängig von Herkunft und finanziellen Mitteln. Sie fördern Transparenz, Sicherheit und Wissen. Sie ermöglichen Zusammenarbeit sowie gesellschaftliche Partizipation und leisten nicht zuletzt einen Beitrag zum Schutz freiheitlicher Grundwerte und von Demokratien.

Wikipedia ist sicherlich eines der prominentesten Beispiele für ein nachhaltiges Open-Source-Projekt. Die größte offene Enzyklopädie der Welt macht Menschen in aller Welt Wissen frei zugänglich. Etwa eine Milliarde Aufrufe pro Monat verzeichnen allein deutschsprachige Wikipedia-Einträge.

Die ebenfalls quelloffenen Tor-Browser, Signal und GnuPG wie-

derum spielen eine zentrale Rolle bei sicherer Kommunikation und dem Schutz von Demokratien. Sie ermöglichen anonymes Surfen und tragen dazu bei, dass sich Journalist:innen und Whistleblower in repressiven Gesellschaften frei und geschützt austauschen können.

Open Source und die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen

Wie direkt offene Technologien und Initiativen auf die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen einzahlen, war im vergangenen Juli auf der UN-Open-Source Konferenz OSPOs for Good in New York überall spürbar. Im Zentrum stand die Frage, wie das Gemeinwohl – Good – von Open Source profitiert.

Für eine Antwort lohnt ein genauerer Blick auf die SDGs, von denen viele eng miteinander verbunden sind. So beispielsweise die Nachhaltigkeitsziele 1 bis 5, die mit der Bekämpfung von Armut und Hunger, dem Streben nach Gesundheit und Wohlergehen, dem Zugang zu hochwertiger Bildung und der Gleichstellung der Geschlechter ganz direkt das Leben der Menschen in den Blick nehmen. Aber auch die SDGs 8 bis 10, die Themen wie würdige Arbeit und Wirtschaftswachstum, Innovation und Infrastruktur und das Beheben von Ungleichheiten adressieren.

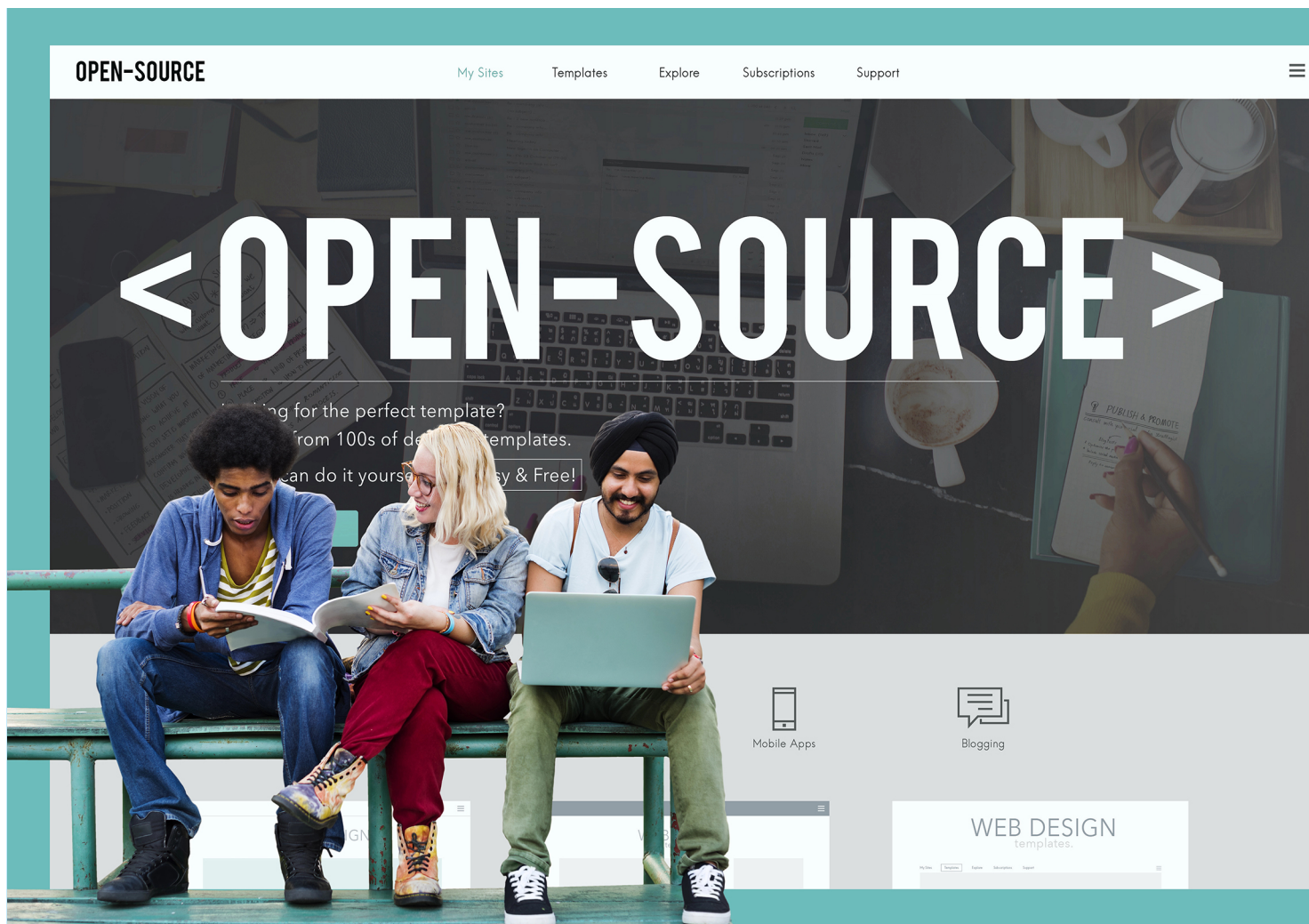


Foto: depositphotos

Open Source, Open Data und Open Resources fördern Transparenz, Zugänglichkeit und Zusammenarbeit und zahlen damit sehr direkt auf viele der SDGs ein. Nur einige Beispiele: Freie Software wie LibreOffice ermöglicht den Zugang zu wichtigen Werkzeugen in Entwicklungsländern, Open Farm Tech wiederum erleichtert den Zugang zu effizienten, ressourcenschonenden Methoden. Open Educational Resources (OER) und Initiativen wie Wikipedia fördern Bildung, machen Wissen zugänglich und verringern Ungleichheiten. Open-Source-Projekte wie OpenMRS verbessern die Gesundheitsversorgung in ressourcenarmen Regionen. Bei nachhaltiger Energie helfen offene Technologien wie OpenSolar bei der Entwicklung kostengünstigerer Solaranlagen. Open-Source-Modelle in der Stadtplanung, etwa durch OpenStreetMap, fördern eine nachhaltige Infrastruktur.

Open Source und die Verwaltung: Nachhaltigkeit jenseits der SDGs

Auch jenseits der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen birgt Open Source großes Potenzial. Mit Blick auf den Staat und unsere Verwaltung wird dies besonders deutlich. Ob beim wirtschaftlichen Einsatz finanzieller und personeller Ressourcen, bei der nachhaltigen Nutzung und Nachnutzung digitaler Lösungen oder bei der Digitalen Souveränität: Quelloffene Lösungen vermeiden

kostspielige und zeitintensive Parallelentwicklungen, ermöglichen die herstellerunabhängige Weiterentwicklung von Funktionalitäten und Betriebsmodellen und brechen bestehende Vendor-Lock-ins auf. Kurzum: Sie erlauben mehr Tempo bei der Digitalisierung und geben dem Staat gleichzeitig die Kontrolle über seine IT und Infrastruktur zurück. Eine Kontrolle, die er derzeit aufgrund der starken Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern proprietärer Technologien nicht hat.

Aus gutem Grund hat also die Bundesregierung Mitte 2024 in der Novelle des Online-Zugangsgesetzes (OZG-Änderungsgesetz) sowie im E-Government-Gesetz einen Open-Source-Vorrang für digitale Verwaltungsleistungen sowie Software-Beschaffungen im Bund festgelegt. Konkret heißt das, dass beispielsweise digitale Bürgerservices nur noch in gut begründeten Ausnahmefällen mit proprietären Lösungen erbracht werden dürfen – und dass der Bund Software ebenfalls bevorzugt als Open Source beschafft oder beauftragt.

Damit dieser Vorrang jedoch greift und Open-Source-Software Schritt für Schritt die weithin dominierenden proprietären Lösungen ablöst, braucht die Verwaltung zweierlei: Zugang zu hochwertigen Open-Source-Alternativen und spezifischem Wissen. Denn viele Beschaffungsstellen sind heute noch unerfahren im Umgang mit

Zentrum Digitale Souveränität

Foto: depositphotos

Open Source und den damit einhergehenden Lizenzmodellen. Das gilt für den Einkauf bestehender Lösungen ebenso wie für die Beauftragung neuer Entwicklungsprojekte.

ZenDiS als Partner für eine souveräne Digitalisierung

Zur Unterstützung hat das Bundesinnenministerium Ende 2022 Einrichtungen im Bund, in den Ländern und Kommunen daher einen dezidierten Partner mit einem klaren politischen Auftrag an die Seite gestellt: Das Zentrum für Digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung (ZenDiS). Das ZenDiS berät, bietet Zugang zu souveränen Lösungen – beispielsweise die Open-Source-basierte Office & Collaboration Suite openDesk – und stellt mit openCode eine Plattform bereit, auf der staatliche Einrichtungen gemeinsam an Open-Source-Projekten arbeiten und Wissen beispielsweise zu Open-Source-Lizenzen, Compliance-Themen und Fragen rund um die Vergabe aufbauen können.

Mehr als 5.500 Nutzende machen schon heute von openCode Gebrauch und arbeiten in mehr als 2.400 Projekten über die Grenzen von Ressorts oder föderalen Ebenen hinweg an Open-Source-Software zusammen, nutzen bereits bestehende Lösungen nach, führen Konsultationsverfahren durch oder entwickeln kollaborativ Standards. Ihr aller Ziel: gemeinsam eine souveräne, effiziente Digitalisierung der Verwaltung ermöglichen. Ganz im Sinne des 17. und abschließenden Nachhaltigkeitsziels der UN: Partnerschaften zur Erreichung der Ziele.

ZENDIS

Das Zentrum für Digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung (ZenDiS) unterstützt die Öffentliche Verwaltung in Bund, Ländern und Kommunen dabei, sich aus kritischen Abhängigkeiten von einzelnen Technologieanbietern zu lösen.

Dazu stellt es neben Kompetenzen, Services und Beratung auch eine Kooperations- und Entwicklungsplattform sowie leistungsfähige, skalierbare und leicht zugängliche Open-Source-Lösungen bereit

Zentrum für Digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung GmbH (ZenDiS) Suttner-Nobel-Allee 4 44803 Bochum.



Autor

Leonhard Kugler

Leiter Open-Source-Plattform
Zentrum Digitale Souveränität
(ZenDiS)